

### Initiativantrag

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/11 Mauerpark**

**22.00.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

### Das Geburtshaus Maja am Arnimplatz retten!

---

- 1 1. Die SPD Pankow fordert den Erhalt des Geburtshaus Maja am Arnimplatz im  
2 Prenzlauer Berg!
- 3
- 4 2. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der SPD Pankow auf Bezirks-,  
5 Landes- und Bundesebene werden aufgefordert, das Geburtshaus beim Kampf  
6 um einen fairen Mietvertrag weiter aktiv zu unterstützen und dazu insbesondere  
7 mit der Hauseigentümerin das Gespräch zu suchen.
- 8
- 9 3. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der SPD Pankow auf Landes- und  
10 Bundesebene werden des Weiteren aufgefordert, die Bundesratsinitiative des  
11 Landes Berlin zur besseren Absicherung von Mietverträgen für soziales Gewerbe  
12 voranzubringen.

#### **Begründung:**

Seit der Gründung 1992 sind mit Hilfe des Geburtshauses Maja mehr als 4.500 Kinder zur Welt gekommen. Das Geburtshaus befindet sich in der Paul-Robeson-Straße 38, 10439 Berlin-Prenzlauer Berg und nutzt dort in einem Wohnhaus Räume im Erdgeschoss als Gewerbemieterin. Der Mietvertrag wurde von der Aramid Immobilien GmbH & Co. KG als neue Eigentümerin des Hauses über die Hausverwaltung core Immobilien Management GmbH zum 31.12.2020 ordentlich gekündigt. Verhandlungen zu einem neuen Mietvertrag ab 2021 waren bislang nicht erfolgreich, da die Eigentümerin vorrangig ihre eigenen profitorientierten Interessen bei der Verwertung ihres Eigentums durchsetzen will.

Das Vorkaufsrecht des Bezirkes wurde vom zuständigen Bezirksstadtrat Kuhn (Bündnis90/Die Grünen) nicht umgesetzt, mit der Begründung, dass seine Abteilung infolge mehrerer parallel laufender Vorgänge dafür keine Ressourcen habe, um das erforderliche Verkehrswertgutachten erstellen zu können.

Die bisher angebotenen Vertragsbedingungen der Eigentümerin sind für das Geburtshaus wirtschaftlich nicht umsetzbar. Das betrifft Haupt- und Nebenbedingungen des Angebots. Es wurde eine nahezu 100% Mietsteigerung mit einer zusätzlichen jährlichen Staffel von 3% angeboten. Die Kautions soll vier Bruttokaltmieten betragen, statt der üblichen drei Nettokaltmieten, eventuelle Modernisierungsmaßnahmen sollen mit 8% als Mieterhöhung ohne

ein Sonderkündigungsrecht zu Buche schlagen und es wird die sofortige Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung bei Zahlungsverzug gefordert.

Gesprächsangebote von verschiedenen Akteuren aus Politik und Verwaltung zur Unterstützung des Geburtshauses wurden seitens der Eigentümerin nur teilweise angenommen und waren bislang nicht erfolgreich. Am 03.09. und am 17.09.2020 fanden zur Unterstützung des Geburtshauses im Kiez Solidaritätskundgebungen für den Erhalt und gegen Verdrängung und Ausverkauf solcher wichtigen sozialen Angebote in Berlin statt.

In Berlin besteht bereits eine Unterversorgung bei der Hebammenbetreuung. Durch den Verlust des Geburtshauses Maja würde ein weiteres Berliner Geburtshaus verschwinden und damit die Möglichkeit für viele Menschen, sich aktiv für eine bedürfnisorientierte Geburt zu entscheiden. Es geht um einen Platz zum selbstbestimmten Gebären, um die besonderen Bedürfnisse schwangerer Menschen, um eine Zukunft für Hebammen und werdende Hebammen und um eine wichtige Einrichtung zur Gesundheitsförderung im Kiez.

Soziale Unternehmen, wie das Geburtshaus, arbeiten nicht gewinnorientiert, sondern sind auf wirtschaftliche Absicherung des Betriebs und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Die Finanzierung erfolgt über Beiträge der Krankenversicherungen und der werdenden Eltern. Deswegen muss ein Mietverhältnis wirtschaftlich umsetzbar und mit Perspektive und Sicherheit für mindestens die nächsten fünf Jahre sein.

Gleichzeitig soll die Initiative auf Bundesebene zur Lösung des grundsätzlichen Problems bei Gewerbemietverträgen für Unternehmen aus der Sozialwirtschaft von der SPD weiter vorangetrieben werden.

Die Information über das Scheitern der Vertragsverhandlungen erreichte die Abteilung Mauerpark am 15.09.2020, also nach Ablauf der Antragsfrist für die KDV.